

Tüten die Zapfstellen für Frischmilch verdrängt hatte, versuchten sich Erfinder an Selbstbedienungsautomaten. Mit wenig Erfolg: Hektoliterweise wurde die Milch sauer, die in Norddeutschland entwickelten Anlagen verschwanden weitgehend wieder vom Markt.

Erst Stadlers System, in der von 300 Bauern getragenen Molkereigenossenschaft Fürstenfeldbruck erdacht, wurde von Experten als hochwertig und hygienisch einwandfrei eingestuft. Der Zapfautomat mit 500 Litern Fassungsvermögen ist mit Kühlaggregat, Rührwerk und Umwälzeinrichtung ausgerüstet, seine Bedienung kinderleicht. Die Milchmaschinen können zudem in speziellen Tankfahrzeugen gleich gereinigt und neu aufgefüllt werden.

Das Konzept wird mittlerweile von Bürgermeister und Kreisverwaltungen im Lande angefordert, die angesichts wachsender Müllberge zum Handeln gezwungen sind. Große Molkereiverbände und die Bundesregierung dagegen winken ab. Stadler solle doch „mit dem Schmarrn aufhören“, riet etwa der Vorsitzende des Landesverbandes der Bayerischen Molkereifachleute und Milchwirtschaftler, Hanns Rauschmayr, „was geht uns die Umwelt an“. Großmolkereien, weiß Stadler, „sehen nach wie vor weniger im Mehrabsatz von Milch als in neuen Staatszuschußprogrammen ihre Zukunft“.

Das bayrische Landwirtschaftsministerium fand die alternativen Automaten „im Augenblick nicht wichtig“. Und das Bundesforschungsministerium lehnte eine Unterstützung ab, Begründung: „So was Kleines fördern wir nicht.“ Auch Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wollte sich in diesem Punkt mit der Verpackungsindustrie nicht anlegen.

Zwar konnte Stadler ein Gutachten der Versuchs- und Forschungsanstalt für

Milchwirtschaft Weihenstephan vorweisen, das dem Selbstzapfsystem eine „erfolgsversprechende Zukunft“ gibt. Doch Zimmermanns Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger wiegelte ab: „Im Milchsektor“, beantwortete er eine Bundestagsanfrage, „wäre der Aufwand zur Wiedereinführung des Mehrwegsystems außerordentlich hoch und der Nutzen für die Umwelt begrenzt.“

Die Bundesregierung, so Spranger, beabsichtige nicht, „Maßnahmen generell gegen Packmittel zu ergreifen“.

ASYL

Tod vor Augen

Das Bordpersonal der Lufthansa will bei der Abschiebung von Asylbewerbern nicht länger als Hilfspolizei mißbraucht werden.

Auf dem Lufthansa-Flug 612 von Frankfurt nach Damaskus waren zwei der 35 Passagiere nicht freiwillig an Bord der „Augsburg“. Die beiden Syrer Issam Bdiwi und Jamal Mala Khalaf sollten abgeschoben werden – ihre Asylansprüche waren abgelehnt worden.

Eine halbe Stunde nach dem Start, die Stewardessen hatten gerade das Mittagmenü serviert, griffen Bdiwi und Khalaf zwei Messer, zerschlugen eine Flasche und bedrohten damit die Crew. Den Piloten zwangen sie zu einer Kursänderung, Richtung Wien. Ihre Forderung: politisches Asyl in Österreich.

Medien, Politiker und Lufthansa-Manager erörterten nach dem unblutigen Ausgang der Aktion nur einen Aspekt – den der Sicherheit. Rund 25 in der ÖTV organisierte Piloten, Bordingenieure, Purser und Stewardessen der Lufthansa

* In West-Berlin; links: ein Polizeibeamter.



Abschiebung abgelehnter Asylbewerber*: Medizinisch beruhigt?

visomat[®] digital S

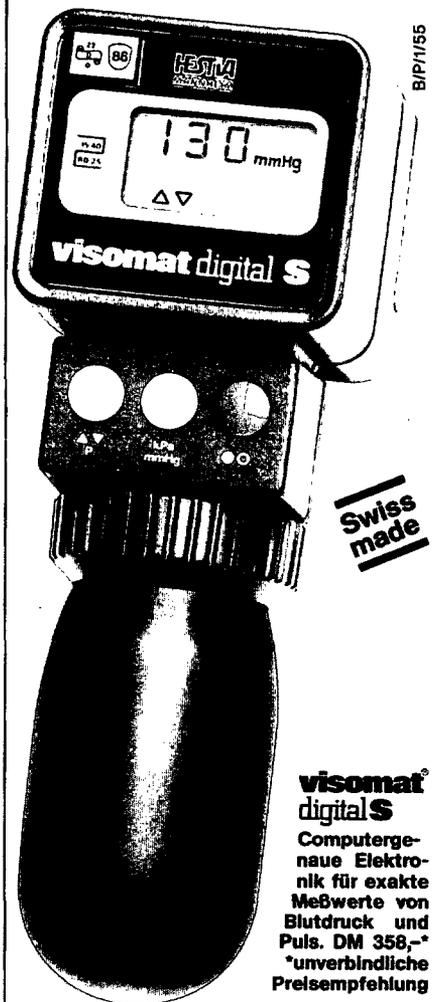
High-Tech

in der

Blutdruck-

messung

„Wir haben das Drehventil durch die Elektronik ersetzt“



visomat[®] digital S
 Computergenaue Elektronik für exakte Meßwerte von Blutdruck und Puls. DM 358,-*
 *unverbindliche Preisempfehlung

visomat[®]

Markenzeichen für

Fortschritt in der

Blutdruckmessung

Nur in Apotheken und Sanitätsfachgeschäften.
 Hestia Pharma GmbH, 6800 Mannheim 31



Besuchen Sie uns in Mainz und erleben Sie die Faszination eines der großen Fachgeschäfte Deutschlands

BITTE KATALOG ANFORDERN!

RUF 061 31 / 281 10

*Warum sollten Sie sich mit weniger zufrieden geben?

Angenehm kuren

in

Bad Wiessee

dem einzigen Heilbad am Tegernsee - 735 m ü. NN.

Interessante Kurmittelpauschalen, spezielle Augenkur, attraktive Sport- und Freizeitmöglichkeiten wie Golf, Tennis und Spielbank. Herzlich Willkommen.

Weitere Einzelheiten gegen Einsendung dieses Coupons.

Technische mehr Informationen

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____

Kuramt, Postfach 120 c, 8182 Bad Wiessee, Tel. 0 80 22/8 20 51

(LH) haben mit dem Transport von abgelehnten Asylbewerbern freilich ein ganz anderes Problem: Sie werden von ihrem Gewissen geplagt.

Ob die Entführung der „Augsburg“ oder der Selbstmord des Türken Kemal Altun, der, die Abschiebung vor Augen, im August 1983 aus dem Fenster eines Berliner Gerichtssaals in den Tod sprang – nach Ansicht der ÖTV-Gruppe sind diese Tragödien Ergebnis einer „unbarmherzigen Abschiebungsmaschinerie“.

Mit einer Feststellungsklage vor dem Frankfurter Arbeitsgericht wollen die fliegenden Gewerkschafter jetzt klären lassen, ob sie von der Lufthansa per Arbeitsvertrag gezwungen werden können, sich daran zu beteiligen. „Wir wollen uns“, sagt Ulrich Westermann, Pilot und Sprecher der ÖTV-Vertrauensleute vom Lufthansa-Stützpunkt Frankfurt, „nicht länger für eine Politik hergeben, die Asylbewerber ohne Rücksicht auf eine mögliche Gefährdung abschiebt.“

Einige LH-Piloten machen schon geraume Zeit nicht mehr mit. Die kleine Schar der gewerkschaftlich engagierten Lufthansa-Kapitäne stützt sich dabei auf Regelungen der International Air Transport Association (IATA).

In den IATA-Vorschriften sind unter anderem jene Bedingungen aufgelistet, unter denen die Flugzeugkommandanten die Beförderung von Passagieren ablehnen können – beispielsweise dann, wenn „das Verhalten, der Zustand, das Alter oder die geistige oder körperliche Verfassung des Reisenden . . . Unannehmlichkeiten verursachen oder ihn anderen Reisenden lästig werden lassen“.

Generell kann der Flugkapitän, der an Bord über die Polizeigewalt verfügt, die Mitnahme verweigern, wenn dies „aus Sicherheitsgründen notwendig ist“. Und von dieser Möglichkeit machen die Piloten jetzt öfter Gebrauch: Haben sie einen „Abschübling“ (Amtsdeutsch) an Bord, fragen sie ihn ausdrücklich nach dem Grund für die Abschiebung und ob er die Bundesrepublik freiwillig verläßt. Taucht auch nur der geringste Zweifel an der Freiwilligkeit auf, verweigern diese Piloten neuerdings den Transport.

Daß viele „Deportees“ (LH-Sprachgebrauch) keineswegs aus freien Stücken ausreisen, steht nach Ansicht des Gewerkschafters Westermann fest. Er hat „deutliche Hinweise von Besatzungen, daß Abzuschiebende, weil die Gefahr bestand, daß sie sich körperlich wehren würden, vorher mit Beruhigungsmitteln behandelt worden sind“.

Bei einem Besuch von kirchlichen Mitarbeitern, die Asylbewerber betreuen, räumte der damalige Stationsleiter des Lufthansa-Stützpunktes Frankfurt, Richard Merdan, ein, daß widerspenstige Deportees gegebenenfalls „medizinisch beruhigt“ würden. Diese Äußerung, festgehalten in einem Protokoll, wurde nie dementiert. Aus gutem



Lufthansa-Kapitän Westermann
 „Unbarmherzige Maschinerie“

Grund: Es gibt zu viele Ohrenzeugen, darunter den Frankfurter Rechtsanwalt Victor Pfaff.

Aus juristischen Gründen dürfen die Abschiebungskritiker unter dem LH-Personal bei einer Transportverweigerung freilich nicht politisch argumentieren. Sie begründen ihre Ablehnung in der Regel mit Sicherheitsbedenken. „Denn“, weiß Pilot Westermann, „Menschen, die Folter oder sogar den Tod vor Augen haben, sind zu irrationalen Handlungen fähig.“

In Gesprächen mit den unbotmäßigen Flugzeugkommandanten verhehlen die Vorgesetzten nicht ihr Mißfallen. Doch zu weitergehenden Disziplinierungen sieht die Lufthansa derzeit keinen Grund, um Aufsehen zu vermeiden. Zudem zeigen sich bislang nur wenige Piloten widerborstig.

Die Frankfurter ÖTV-Gewerkschafter wollen mit ihrer Feststellungsklage nun allerdings dafür sorgen, daß es mehr werden. Erreichen die Kläger ihr Ziel, sich an der Abschiebung von Asylbewerbern nicht beteiligen zu müssen, würden die Flieger im Fall einer Transportverweigerung nicht länger das individuelle Risiko arbeitsrechtlicher Konsequenzen wie Abmahnung oder Kündigung tragen.

Das rebellische Bordpersonal orientiert sich bei seinem Gang zum Gericht am Beispiel des Druckers Dieter Schlichting aus Ellerbek bei Hamburg, der sich aus Gewissensgründen geweigert hatte, rechtsradikale Schriften zu drucken – und beim Bundesarbeitsgericht recht bekam.

Ulrich Westermann sieht da durchaus eine Parallele: „Ein Arbeitgeber“, sagt er, „darf niemanden zu Handlungen

zwingen, die gegen dessen moralische Wertungen sprechen.“

So viel Moral will sich die Lufthansa offenbar nicht leisten. Denn der Transport von Deportees ist ein lukratives Geschäft. Von den 8067 Abschiebungen im Jahr 1984 wurden die meisten per Flugzeug abgewickelt.

Rund 6000 Asylbewerber sollen allein von der Lufthansa ausgeflogen worden sein – geschätzter Umsatz: rund acht Millionen Mark.

AUSLÄNDER

Geld aus dem Fenster

Bestechungsaffären in mehreren Großstädten: Korrupte Beamte verschieben Wohnungen und verkaufen Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigungen an Ausländer.

Manfred Gann, Leiter des Stuttgarter Wohnungsamtes, witterte eine „ungeheuerliche Verleumdungskampagne“. Oberbürgermeister Manfred Rommel drohte sogar, die Autoren der „Stuttgarter Kanaken-Zeitung“ wegen Beleidigung und falscher Anschuldigung zu verklagen. „Wer konkret Leute beschuldigt“, wettete Rommel, müsse „Beweise vorlegen“.

Anlaß zur Empörung war ein brisanter Artikel in der Januar-Ausgabe der deutsch-türkischen Zeitschrift: Auf zwölf Seiten schilderten dort ein halbes Dutzend Ausländer anonym, wie sie kommunale Quartiervermittler mit Summen „zwischen 500 und 2000 Mark“ bestochen haben, um an eine der heißbegehrten Sozialwohnungen zu kommen.

So hatte die Türkin Leyla Süngerli gehört, wie sie rasch eine Sozialwohnung ergattern konnte. Ein sattes Bakschisch – und der zuständige Beamte sagte nicht nein. Auch zwei andere Türken sagten bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft aus, wie sie sich preiswerten Wohnraum beschafften. 150 und 500 Mark Schmiergeld, bekundeten sie, hätten ihre Wirkung nicht verfehlt.

Rund 400 preisgünstige Unterkünfte vermittelt Ganns Amt jedes Jahr an Ausländer, die auf dem Wohnungsmarkt wenig Chancen haben, aber dringend auf eine Bleibe angewiesen sind. Nach dem Gesetz müssen die meisten Ausländer mindestens zwölf Quadratmeter Wohnraum pro Person nachweisen, um nicht abgeschoben zu werden.

Letzte Woche hätten Rommel und Gann ihre voreiligen Äußerungen, mit denen sie sich vor ihre Beamten gestellt hatten, am liebsten zurückgenommen: Die von ihnen angemahnten Beweise liegen auf dem Tisch.

Ein Mitarbeiter der Wohnungsbehörde hat mittlerweile gegenüber der Staatsanwaltschaft gestanden, von Ausländern



Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel Bakschisch für Beamte

Geld erhalten zu haben. Einmal 150, das andere Mal 300 Mark seien ihm, behauptet der Beamte, „unbemerkt zugesteckt“ worden. Der Beschuldigte will die Geldscheine sofort zerrissen und aus dem Fenster geworfen haben.

Der ins Zwielicht geratene Staatsdiener macht derzeit auf Anraten seiner Vorgesetzten Zwangsurlaub. Einen anderen, besonders schwer belasteten Mitarbeiter mußte Behördenchef Gann ebenfalls „aus der Schußlinie“ nehmen und versetzen.

Nicht nur im Stuttgarter Wohnungsamt, auch bei der örtlichen Ausländerbehörde haben Staatsdiener offenbar die Hand aufgehoben. Letzten Monat wurde

ein Mitarbeiter der Dienststelle vorübergehend festgenommen, der von einem Ausländer 2500 Mark für eine Aufenthaltsgenehmigung kassiert haben soll.

Daß korrupte Beamte aus der Notsituation vieler Türken oder Jugoslawen Kapital schlagen, ist freilich keine Stuttgarter Spezialität. Staatsbedienstete verschieben auch anderswo Wohnungen oder verhöckern Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen.

So verurteilte das Heilbronner Landgericht im Dezember einen Oberinspektor aus Mühlacker zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Der Beamte hatte zugegeben, illegal eingereisten Ausländern für Schmiergeld Aufenthaltsgenehmigungen erteilt zu haben.

Mit einer Geldstrafe von 4500 Mark kam ein früherer Mitarbeiter des Arbeitsamtes in Hannover davon. Er hatte gestanden, von Jugoslawen für Arbeitsgenehmigungen Geld kassiert zu haben.

Oft kommt den Fahndern der Zufall zu Hilfe. Im Herbst 1984 hatte die Hamburger Polizei in St. Pauli drei Türken festgenommen, deren Papiere offenbar nicht in Ordnung waren. Die Vernehmung ergab Hinweise, daß im Ausländeramt Rendsburg illegal Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt wurden.

Die Ermittlungen führten dazu, daß einer der verdächtigsten Bediensteten im September vergangenen Jahres Selbstmord beging. Der 59jährige gab in einem Abschiedsbrief zu, er habe türkischen Seeleuten für 300 bis 400 Mark Aufenthaltsgenehmigungen verkauft.

Meist sind die Ermittler allerdings auf die Mitarbeit der Ausländer angewiesen. Und die schweigen oft, aus Angst vor Abschiebung oder einem Gerichtsver-



Türken-Protest in Stuttgart*: „Summen zwischen 500 und 2000 Mark“

* Bei einer Pressekonferenz der „Stuttgarter Kanaken-Zeitung“ am 31. Januar.